

Eine neue Chance
für das Land

NRW kommt wieder

Jürgen Rüttgers

Nordrhein-Westfalen ist einschönes Land: eine kulturelle Schatzkammer Deutschlands und Europas mit einer starken industriellen Basis, leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen und zukunftsorientierten Dienstleistungsunternehmen. Die Menschen in unserem Land sind qualifiziert und motiviert. Sie sind fähig zu Spitzenleistungen in Forschung und Technologie. Sie lieben ihre Heimat. Sie wollen in Nordrhein-Westfalen leben und arbeiten und etwas für ihre Heimat tun.

Wiederbelebung mit neuer Kraft

Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Chance. Seit fast vierzig Jahren wird es unter Wert regiert. Nordrhein-Westfalen kann den Aufschwung schaffen, wieder zu einem führenden Wachstums-, Beschäftigungs-, Industrie- und Bildungsland in Deutschland und Europa werden und den hier lebenden Menschen – ob jung oder alt – eine gute Zukunft bieten, indem eine neue Kraft die Politik gestaltet.

Die SPD ist verbraucht – ohne Kraft, ohne Mut, ohne Ideen. Sie betrachtet das Land als ihr Eigentum. Genossenfilz, Vettewirtschaft und Korruptionsaffären bei Landesgesellschaften blockieren jeden Fortschritt; Selbstbedienung, Selbstbeschäftigung und Eigeninteresse scheint die SPD über das Wohl der Bürger zu stellen. Die rot-grüne Landesregierung hat ihre Chance gehabt – und vertan.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seine klassische Rolle als industrielles Kraftzentrum in Deutschland und Europa wiedergewinnt. Dieser Kraftakt ist

notwendig. Denn Rot-Grün hat die Energie maßlos verteuert, industrielle Investitionen durch ein abschreckendes Planungsrecht blockiert und den Verfall der wirtschaftsnahen Infrastruktur zugelassen.

Rot-Grün hat die Proportionen verloren. Die Verhältnisse zwischen ökonomischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit, zwischen Wünschbarem und Machbarem, zwischen staatlicher Planung und wirtschaftlicher Freiheit, zwischen Naturschutz und Beschäftigungsaufbau stimmen nicht mehr. Wir müssen das Gleichgewicht wiederherstellen, damit das Land wieder zum industriellen Kraftzentrum und Beschäftigung wieder auf- statt weiter abgebaut wird.

Der Preis, den die Menschen für die rot-grüne Politik zahlen müssen, ist hoch: ein Heer von mehr als einer Million Arbeitslosen, ein Schuldenberg von mittlerweile fast 110 Milliarden Euro, abwandernde Industrie, ein Bürokratiedschungel, ein mittelmäßiges Bildungssystem mit über fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall.

Verlust von Freiheit und Solidarität

Die Politik von Rot-Grün bürdet der jungen Generation schwere Hypotheken auf. Sie lässt die Generation der arbeitsfähigen und -willigen Menschen im Stich. Und sie zerstört die Hoffnung der älteren Generation auf einen Lebensabend in Sicherheit und Würde.

Diese verheerende Bilanz hat einen Grund: SPD und Grüne vertrauen nicht

auf die Kraft der Freiheit. Sie haben den Freiheitsraum des Einzelnen durch Regeln, Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Verbote und Gebote immer weiter eingeschränkt. Sie haben den Menschen immer mehr von der Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwesen weggenommen und immer mehr Aufgaben auf den Staat übertragen.

Das heißt im Klartext: SPD und Grüne setzen auf immer mehr Macht für sich selbst. Sie sind arrogant geworden. Sie verwalten das Leben der Menschen, statt ihnen mehr Freiheit zu lassen, es selbst zu gestalten. Die Politik von SPD und Grünen lässt unsere Gesellschaft unsolidarischer werden. Sie weckt keine Hoffnung bei den Menschen, kein neues Vertrauen, keine neue Zuversicht. Sie schafft keine Aufbruchstimmung, macht keinem Mut, es mit den neuen Herausforderungen in einer gemeinschaftlichen Anstrengung aufzunehmen. Sie weckt keine Lust darauf, die Ärmel hochzukrempeln und darauf anzupacken. Die Menschen spüren das. Sie spüren: Mit der SPD wird es immer nur härter, aber nicht besser.

Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit

Die CDU setzt auf eine neue politische Kultur, die wieder Mut macht und Vertrauen schafft. Wir vertrauen auf den Ideenreichtum, die Leistungsbereitschaft, den Bildungswillen, die Heimatverbundenheit, die Solidarität, die Verantwortung, den Bürgersinn der Menschen in unserem Land. Wir setzen auf diese Kräfte. Wir wollen sie entfesseln, damit Nordrhein-Westfalen wieder nach vorn kommt.

Wir schaffen das, indem wir die Soziale Marktwirtschaft neu mit Leben erfüllen. Die Soziale Marktwirtschaft ist ausgehöhlt worden. Wir wollen wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit wieder zusammenbringen. Wir brauchen wieder Ordnungspolitik.

Ordnung ist nicht dasselbe wie regeln oder reglementieren. Die Politik von SPD und Grünen ist Regelungspolitik. Sie lähmt das Land. Unsere Alternative ist Ordnungspolitik: einen Rahmen setzen, aber nicht alles reglementieren. Regelungspolitik setzt auf Unfreiheit und Bevormundung. Sie misstraut den Menschen. Sie geht davon aus, dass die Menschen ohne staatlichen Vormund keinen verantwortlichen Gebrauch von ihrer Freiheit machen. Sie macht das Land unsolidarisch.

Wir setzen auf Freiheit und Verantwortung. So bringen wir das Land nach vorne. So entsteht wieder Sicherheit. Wir wollen die Menschen ermuntern, mehr Freiheit zu wagen. Wir wollen ihnen mehr Freiheit lassen. Wo nötig, soll ihnen auch mehr Freiheit zugemutet werden. Wir tun das, weil wir auf die Menschen setzen. Wir vertrauen darauf, dass sie von ihrer Freiheit verantwortlichen Gebrauch machen.

Wir vertrauen den Lehrern, dass sie guten Unterricht machen. Wir vertrauen den Professoren, dass sie hohe Leistungen in Forschung und Lehre erbringen. Wir vertrauen den Unternehmern, dass sie Arbeitsplätze bei uns schaffen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir vertrauen den Gewerkschaften, dass sie nicht nur an die denken, die einen Job haben, sondern auch an jene, die arbeitslos sind.

Der Auftrag Europas

Aber ohne eine gemeinsame Wertorientierung unserer Gesellschaft fehlt dem Vertrauen die Grundlage. Wir wollen der Erosion des gemeinsamen Wertefundamentes unserer Gesellschaft Einhalt gebieten. Wir stellen dem Zeitgeist der Beliebigkeit eine wertorientierte und deshalb zukunftsgewandte Politik entgegen. Dies gründet in der Überzeugung, dass das christlich-abendländische Menschenbild mit seinen Grundsätzen der Freiheit und Würde des Einzelnen, der Personalität, Solidarität und Subsidiarität

richtig ist. Darin sehen wir den Auftrag Europas in einer globalisierten Welt, und wir werden diese Grundsätze verteidigen gegen Fundamentalismus, Fanatismus, Rassismus und Irrationalismus.

Fleiß und Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft, Respekt und Toleranz, Gerechtigkeit und Verantwortungsbewusstsein, Gemeinsinn, Mut, Rationalität und Urteilstatkraft – das sind Tugenden, ohne die kein Staat zu machen ist. Es sind Tugenden, zu denen erzogen werden muss, auch in unseren Schulen, und die bestärkt werden müssen durch die gesellschaftlichen Institutionen. Das ist in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt worden. Weltoffen und zukunftsgewandt, gemeinsam mit den Menschen, den gesellschaftlichen Gruppen und den Verbänden müssen die Institutionen wieder gestärkt werden, die dem Einzelnen Halt und Sicherheit geben.

Vertrauen in die Menschen

Wir vertrauen auf die Kraft der Menschen, eine gute Zukunft zu gestalten. Durch Vertrauen in die Menschen, eine wertegebundene Politik und durch eine wirtschaftliche und soziale Ordnungspolitik wollen wir für unser Land einen Spitzensitz in der Liga der Bundesländer und in der Liga der europäischen Regionen zurückerobern.

Unser Programm setzt klare Schwerpunkte: mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Sicherheit und weniger Staat. Die CDU wird die Rahmenbedingungen endlich wieder so setzen, dass es sich lohnt, zu investieren und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Das erreichen wir durch einen Abbau der Bürokratie, die inzwischen jede unternehmerische Initiative lähmt, durch mehr Flexibilität und durch Reformen in den sozialen Sicherungssystemen, um die Arbeitskosten zu senken. In unserem Land sind nicht die Löhne zu hoch, sondern die Arbeit ist zu teuer.

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen werden von einer Unzahl von Behörden verwaltet. Das ist zu kostspielig und ineffizient. Wir werden die Regierungspräsidien abschaffen und die Selbstverwaltung der Kommunen stärken, denn vor Ort lassen sich Probleme schneller und bürgernäher lösen. Viele Aufgaben der unübersehbaren Zahl von Landeseinrichtungen übertragen wir auf private oder auf andere öffentliche Träger. Die staatlichen Vollzugsbehörden und bisher eigenständige Landesämter oder nachgeordnete Ämter sollen aufgelöst werden. Die Aufgaben fallen entweder weg oder werden in Zukunft auf die Kommunen oder Regionalverwaltungen übertragen. Wir müssen Schneisen ins Regelungsdickicht schlagen: in der Bauordnung, im Landesplanungsrecht, in der Arbeitsstättenverordnung. Die Statistikpflichten sollen abgeschafft werden, um vor allem kleine und mittelständische Unternehmen von Bürokratie zu befreien. Wir wollen Prüf- und Bearbeitungsfristen für Genehmigungsanträge festlegen, um Unternehmensgründungen oder -erweiterungen zu erleichtern.

Investition in Bildung, Polizei und Justiz

Durch unser Programm zum Bürokratieabbau und eine jährliche Einsparung von 1,5 Prozent des Personals in der engeren Landesverwaltung können wir Stellen in Bereiche mit besonderem Personalbedarf verlagern, also Schulen und Hochschulen, aber auch Polizei und Justiz. Ab 2005 werden wir insgesamt viertausend zusätzliche Lehrerstellen schaffen, gleichzeitig die Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten und den Rückgang der Schülerzahlen für eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation nutzen. Auf diese Weise bekämpfen wir den Unterrichtsausfall und sorgen für eine individuelle Förderung der Schüler in kleineren Klassen und kleineren Schulen. Für den Lern-

erfolg ist es nämlich wichtig, dass sich Schüler, Eltern und Lehrer kennen.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und zugleich eine Antwort geben auf die Bildungs- und Erziehungsdefizite, die in der PISA-Studie dokumentiert sind. Deshalb brauchen wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot echter Ganztagschulen: mit einem entsprechenden Lehrerstellenzuschlag und der Möglichkeit, den Unterricht für die Kinder auf den ganzen Tag zu verteilen. Gerade Hauptschulen und Grundschulen sollen als echte Ganztagschulen geführt werden können.

Sicherheit der Bürger

Die Sicherheit der Bürger hat für uns Vorrang. Wir werden sie wirksamer vor Straftaten schützen und die Aufklärungsquote erhöhen. Die DNA-Analyse ist das entscheidende, moderne Ermittlungsinstrument des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Wir werden dafür sorgen, dass sie immer dort zum Einsatz kommt, wo es Täterspuren gibt, und sie helfen kann, Straftaten aufzuklären. Zur erfolgreicheren Bekämpfung der Kriminalität

muss der gesetzliche Rahmen verbessert und der Polizei mehr Kompetenzen eingeräumt werden. Die Polizei muss auch für die öffentliche Ordnung zuständig sein. Wir werden Identitätsfeststellung, Videoüberwachung, Observation und verdachtsunabhängige Kontrollen erleichtern. Die CDU will eine gut ausgerüstete und bürgernahe Polizei. Eine in Megabehörden organisierte Einheitspolizei werden wir verhindern. Die Landräte bleiben Chefs der Kreispolizeibehörden. Die Verbindung von Polizei und Kreisverwaltung unter einem Dach hat sich bewährt, die Verknüpfung über den Landrat sichert eine enge Zusammenarbeit mit den für die Gefahrenabwehr, Ordnung und Sicherheit zuständigen Verwaltungsstellen bei Kreisen und Gemeinden. Der Bürger hat eine besondere Bindung zum Landrat als Polizeichef, da er ihn kennt und direkt gewählt hat.

Wir wissen: Nordrhein-Westfalen kann mehr. Damit es wieder aufwärts geht, braucht Nordrhein-Westfalen eine neue Regierung. Wir werben um neues Vertrauen und bitten die Bürger um ihre Hilfe – aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen.

In ihrer Maiausgabe wird die *Politische Meinung* an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor sechzig Jahren erinnern.
Teilaspekte sind dabei die unterschiedliche Wahrnehmung des 8. Mai im Laufe der Jahrzehnte, das Kriegsende aus der Perspektive der Nachgeborenen sowie die Erinnerungskultur der Gegenwart.